

Signatur: 2026.SR.0163
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Chantal Perriard (FDP)
Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Raphaël Karlen, Thomas Glauser, Ueli Jaisli, Bernhard Hess, Alexander Feuz
Einreichdatum: 7. Mai 2026

Postulat: Unterstützung für baustellenbetroffene Betriebe prüfen

Prüfauftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie Betriebe (insbesondere KMU, Detailhandel und Gastronomie) in der Stadt Bern, die durch länger andauernde Baustellen im öffentlichen Raum erheblich betroffen sind, gezielt unterstützt werden können.

Insbesondere ist zu prüfen:

1. ob in klar definierten Härtefällen eine zeitlich befristete und gezielte Unterstützung für Betriebe mit nachweislich erheblichen Umsatzeinbussen möglich ist;
2. wie solche Härtefälle anhand objektiver und praktikabler Kriterien abgegrenzt werden können;
3. welche nicht-finanziellen Massnahmen (z. B. bessere Signalisation, Sicherstellung der Zugänglichkeit, koordinierte Kommunikation) die Auswirkungen von Baustellen wirksam reduzieren können;
4. welche Erfahrungen andere Städte, insbesondere Basel und Zürich, gemacht haben;
5. welche finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind.

Begründung

Eine funktionierende Infrastruktur ist zentral für unsere Stadt. Baustellen sind notwendig. Sie sichern die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit von Bern. Gleichzeitig dürfen wir nicht ausblenden, dass diese Baustellen für einzelne Betriebe grosse Herausforderungen mit sich bringen können. Wenn Zugänge erschwert sind, Laufkundschaft ausbleibt und dies über Monate hinweg anhält, geraten insbesondere kleinere Unternehmen rasch unter Druck.

Es geht nicht darum, pauschale Entschädigungen einzuführen oder neue Subventionstatbestände zu schaffen. Es geht darum, mit Augenmass zu prüfen, ob und wie in klaren Härtefällen eine gezielte, verhältnismässige und zeitlich befristete Unterstützung sinnvoll sein kann.

Neben finanziellen Fragen sind auch einfache, pragmatische Massnahmen entscheidend: gute Signalisation, klare Kommunikation und eine möglichst geringe Belastung durch koordinierte Baustellenplanung.

Die Stadt Bern soll hier eine ausgewogene Lösung prüfen, die Verantwortung übernimmt, ohne falsche Anreize zu setzen und ohne dauerhafte neue Subventionstatbestände zu schaffen.